Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentage 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dienstag, den 14. September 1926 — Nummer 203

Die ADGB-Führer für die Koalitionspolitik

Graßmann und Leipart für Zusammenarbeit mit den Kapitalisten

In einem Artikel „Gewerkschaften und Staat" im heutigen „Vorwärts" fordert Peter Graßmann das Mitbestimmungsrecht für die Arbeiter in der Führung der Wirtschaft und schreibt, schon an die Rede Silverbergs anzieht:

„Man wird sich also mit der Arbeiterschaft verständigen, die ihrer Mitwirkung versichern müssen, wenn man den Worten „Volksgemeinschaft", „Wirtschaftsgemeinschaft" Leben und Inhalt geben, wenn man Volk und Staat besseren Tagen entgegenführen will. Praktischer Mitarbeit haben sich die Gewerkschaften nicht entzogen. Frei von verschwiegenen Illusionen, war die Arbeit der Gewerkschaften immer Gegenwartsarbeit, die trotzdem die Zukunft nie aus dem Auge verlor."

Die Ausführungen Graßmanns decken sich vollständig mit den von uns weiter unten kritisierten und zum Abdruck gebrachten Ausführungen Leiparts. Die gesamte Gewerkschaftsbureaukratie unternimmt also schon ernste Vorstöße, um das Angebot Silverbergs anzunehmen. In einer neuen Arbeitsgemeinschaftsideologie sollen die Arbeiter an die kapitalistischen Interessen gebunden und für diese gefesselt werden. Während die reformistischen Gewerkschaftsführer schon mit aller Entschiedenheit sich bereit erklären, die Unterstützung der Industriellen im Kampf gegen die Arbeiter vorzunehmen, machen die sozialdemokratischen Parteiführer, der radikalen Stimmung der Arbeiter Rechnung tragend, noch einige Ablenkungsmanöver. In Chemnitz sprach der Reichsbankpräsident Loeb und erklärte: „Heute haben wir sieben Millionen Arbeitslose. Im November und Dezember — so sage ich im vollen Bewußtsein der hohen Verantwortlichkeit — werden wir 3 Millionen, vielleicht 3½ Millionen Arbeitslose haben. In diesem Augenblick bekommen die deutschen Unternehmer Angst vor den Folgen der wirtschaftlichen Umwälzung, Angst um ihren Besitz, daher soeben die Einladung des Herrn Dr. Silverberg auf dem Deutschen Industriellentag in Aachen an die deutsche Arbeiterschaft, die Verantwortung mit zu übernehmen."

Ohne Zweifel hat Loeb die Lage richtig gezeichnet. Trotzdem aber werden auch die sozialdemokratischen Parteiführer, nachdem sie durch die Gewerkschaftsbureaukratie den Boden vorbereiten lassen, bereit sein, die „Mitarbeit" mit den Industriellen zu übernehmen. An der gesamten Arbeiterschaft liegt es, hier wirklichen Verrat der Bureaukraten zu verhindern. Umbildung der Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen, Zusammenschlußung der breitesten Massen im gemeinsamen Kampf, Teilnahme am Kongreß der Werktätigen muß die Antwort der Arbeiter auf die Verratsabsichten der Führer sein.

Die Werbewoche der Gewerkschaften muß zur Zusammenschlußung der Arbeiter in diesem Sinne ausgenutzt werden.

*

Auf der Dresdner Industriellentagung hat Silverberg die besonderen Verdienste Eberts und Legiens hervorgehoben und an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer eine einladende Geste gemacht. Die Nachfolger Legiens, die Leute vom Parteivorstand des ADGB, bemühen sich jetzt, zu beweisen, daß sie würdige Nachfolger des Arbeitsgemeinschaftlers Legien sind, und den festen Willen haben, den Wunsch des Herrn Silverberg zu erfüllen.

Ein Redakteur des „Vorwärts" hat Leipart, den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, interviewt über die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung. Um es vorwegzunehmen: Leipart ist für die Koalition. Leipart ist für das Zusammenarbeiten von Unternehmervertretern und Sozialdemokraten.

Zunächst einmal meinte Herr Leipart, daß die republikanischen Reden des Silverberg Ausdruck der republikanischen „inneren Ueberzeugung" der Schwerindustriellen sind. „Der Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist zu stark geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder gar wieder beseitigen könnten." Das ist kein Witz, sondern die ernsthafte Ueberzeugung Theodor Leiparts, der anschließend daran erklärte: „Ebenso ist die deutsche Republik schon so gefestigt, daß man wirklich auch von den Unternehmern ihre Anerkennung endlich erwarten durfte." Darin hat Leipart Recht; die Anerkennung kann dieser Republik von den Unternehmern nicht versagt werden. Die Anerkennung der Republik, das ist die Tatsache dessen, das die Frankfurter sozialdemokratische „Volksstimme" folgendermaßen ausdrückte: „Nicht die Unternehmer sind zur Republik gekommen; die Republik ist längst zu den Unternehmern gegangen." Diese Tatsache ist es, daß die Schwerindustrie die Republik anerkennt, diese Tatsache und die naive Anschauung des Theodor Leipart über den starken Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft, sind es, die die Industriellen veranlassen, ihr Koalitionsangebot an die Sozialdemokratie zu richten und die „vernünftigen" Gewerkschaftsführer à la Legien und Leipart zu lobhudeln.

Der Redakteur des „Vorwärts" stellte dem Leipart folgende Fragen: Glauben die Gewerkschaften an die Möglichkeit, daß bei Zusammenarbeit in einer Regierung die sozialen steuerlichen und wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiterschaft mit größerer Aussicht auf Erfolg sichergestellt werden oder nicht? Darauf antwortet Leipart:

„Ich verrate kein Geheimnis mehr, wenn ich auf diese Frage offen erkläre, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer übergroßen Mehrheit für die praktische Mitarbeit in der Regierung sind."

Leipart und mit ihm die anderen führenden Sozialdemokraten im ADGB sind also für die Koalition. Wenn auch Leipart erklärt, daß die Entscheidung über diese Frage die Sozialdemokratie zu treffen habe, so ist es klar, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer alles aufbieten werden, um diese ihre Auffassung in der Sozialdemokratischen Partei durchzusetzen.

Sie haben ja auch bisher immer praktisch bewiesen, daß sie mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten können. Warum sollten sie nicht auch wieder einmal die Form der Koalitionsregierung anwenden. Die Gewerkschaften — lies: die Gewerkschaftsführer — „haben oft genug bewiesen, daß sie mit beiden Füßen in der Wirtschaft stehen." Das erklärt Herr Leipart, und auch darin hat er wieder einmal recht. Die Gewerkschaftsführer sind keine Revolutionäre, die diese kapitalistische Wirtschaft stürzen wollen, sondern sie zu bessern, ihre Schäden zu mildern versuchen. Sie stehen mit beiden Füßen in dieser kapitalistischen Wirtschaft, und weil sie darin stehen und ihre Politik danach ist, müssen sie mit beiden Füßen in der Koalition sein, von Kopf bis Fuß Koalitionspolitik treiben.

Das bestellte Frage- und Antwortspiel zwischen Leipart und dem „Vorwärts"-Redakteur erscheint in der Nummer des „Vorwärts" vom Sonntag, auf derselben ersten Seite mit einem Artikel, der für die Werbewoche für die Gewerkschaften Propaganda macht. Das ist begrüßenswert. Sehen doch daraus die Mitglieder der Gewerkschaften und die, die durch die Werbewoche neue gewonnen werden, wie notwendig es ist, die Gewerkschaften gegenüber den Angriffen der Unternehmer zu stärken, wie notwendig es ist, die Helfershelfer bei diesen Angriffen, die Gewerkschaftsführer, zu beseitigen. Es wird an der Kommunistischen Partei liegen, den Zusammenhang dieser Dinge gründlich aufzuzeigen. Und in dem Sinne ist der Artikel Leiparts sehr nützlich.

Die allergrößte Koalition

Von Westarp bis Leipart.

Die „Tägliche Rundschau" Stresemanns schreibt zum Eintritt Deutschlands in den Genfer Völkerbund:

„Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ist eine vollzogene Tatsache, an der noch die Kannegießer weiter herumdoktern können, mit der sich aber die ernsthaften Politiker abgefunden haben. Die bayrische Regierung, die bisher mancherlei Hemmnisse in den Weg legte, hat bereits erklärt, daß sie nunmehr auf dem Boden der vollzogenen Tatsache mitarbeiten werde, und auch auf dem deutschnationalen Parteitage ist der Wille zur Mitarbeit, allerdings unter einer Einschränkung, bekundet worden. Das sind erfreuliche Ergebnisse, die nicht nur zur Beruhigung unseres innerpolitischen Lebens, sondern auch zur Erhöhung der Wirkungsmöglichkeit unserer auswärtigen Politik beitragen können.

Wir sind aus der nüchternen Erkenntnis unserer Lage heraus in ein Geschäft eingetreten, das manchem nicht gefällt, in dem wir aber sicherlich unser Interesse besser wahren können, als wenn wir vor dem Hause stehen geblieben wären. Es kommt nun alles darauf an, ob wir uns in diesem Geschäft zur Geltung bringen können, und ob wir es gut führen... Friede, Freiheit und Gerechtigkeit für unser von den Kriegsfolgen bedrücktes Vaterland erstreben alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten. Wenn wir sie erreichen wollen, muß zunächst eine nicht nur innerlich als notwendig empfundene, sondern auch nach außen in Parlament und Presse bekundete Einigkeit wenigstens in den Grundfragen der auswärtigen Politik vorhanden sein."

Nebenbei bemerkt, klingen diese Ausführungen des regierungsoffiziösen Organs über die Bedeutung des Eintritts in den Völkerbund wesentlich anderes, als die geheuchelten, begeisterten Lobhymnen der Sozialdemokratie. Die Bourgeoisie stellt nüchtern fest, daß der Völkerbundeintritt ein Geschäft sei, nämlich ein Geschäft der imperialistischen deutschen Bourgeoisie. Von Friedenssicherung, Völkerversöhnung und dergleichen mehr ist in diesen Ausführungen nicht die Rede.

Das Wesentliche in ihnen ist aber der ausgesprochene Wunsch, zur Unterstützung der imperialistischen Absichten der deutschen Bourgeoisie eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zu schaffen. „Alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten" sollen den neuen 4. August, die neuen imperialistischen Vorstöße, die neuen Kriege vorbereiten helfen. Der Wunsch Stresemanns geht rascher in Erfüllung, als er selbst geglaubt hat. Die Deutschnationalen zieren sich noch, sie wollen sich für die Regierungsmitarbeit teurer bezahlen lassen, sie haben aber keinen Augenblick gezögert, nach dem vollzogenen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sich mit beiden Füßen auf den Boden der Genfer Tatsachen zu stellen. Daß Breitscheid von der Sozialdemokratie mit zu den Vertretern dieser Reichsregierung in Genf gehört, daß er die Ehre hat, die Republik Hindenburgs zu vertreten, wie sein französischer Kollege Boncour die Republik Poincarés vertritt, ist nur die Krönung der bisherigen Tätigkeit der Sozialdemokratie, die aus der Unterstützung dieser reaktionärsten Reichsregierung nie ein Hehl machte und diese Unterstützung mit der Völkerbundspolitik Stresemanns begründete.

Die zweite Stimme, die die Bildung dieser allergrößten Koalition fordert, ist die Leiparts, der sich im Namen des ADGB zum Koalitionsangebot des Großindustriellen Silverberg äußert. Leipart führt im „Vorwärts" nach einigen Verbeugungen vor der republikanischen Gesinnungstüchtigkeit der deutschen Großindustriellen auf die Frage: „Glauben die Gewerkschaften an die Möglichkeit, daß bei Zusammenarbeit in einer Regierung die sozialen, steuerlichen und wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiterschaft mit größerer Aussicht auf Erfolg sichergestellt werden oder nicht?", aus: „Ich verrate kein Geheimnis mehr, wenn ich auf diese Frage offen erkläre, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer übergroßen Mehrheit für die praktische Mitarbeit in der Regierung sind." Derselbe Leipart erklärt einige Zeilen früher, „die Gewerkschaften stehen mit beiden Füßen in der Wirtschaft", d. h. der kapitalistischen Wirtschaft der Hindenburg-Republik. Damit betritt Leipart denselben Boden der Tatsachen, der von der anderen Seite auch vom Grafen Westarp und den Deutschnationalen betreten wird.

Die Völkerbundpolitik der deutschen Bourgeoisie soll die Plattform sein, auf der sich alle Feinde des werktätigen Volkes zusammenfinden, sich die Hand reichen. Sozialdemokraten, sowohl als Deutschnationale erwarten sehnsüchtig

Der Reichsjustizminister zur Justizkrise

Eine Rechtfertigung der Klassenjustiz

Anläßlich des 35. Deutschen Juristentages, der im großen Gerichtssaal in Köln unter schwarz-rot-goldenen (!) Bannern tagte, sprach im Auftrage der Reichsregierung der Reichsjustizminister Dr. Bell.

„Die Strafrechtspflege wird völlig neu aufgebaut werden, der neue Strafgesetzentwurf kommt schon im nächsten Monat zur mündlichen Beratung in den Reichsrat. Gleichzeitig werde ich dafür sorgen, daß auch im Reichstag darüber verhandelt wird. Ein Ehrenschutzgesetz wird ausgearbeitet werden. Stufenweiser Strafvollzug wird überall eingeführt werden. Die Neuregelung der Untersuchungshaft und der Voruntersuchung wird ebenfalls vorbereitet. Im Zusammenhang damit steht die Auswahl der Richter. Das Strafrecht muß durch klare Richtlinien geschützt werden..."

Er fährt dann, wie es heißt, „mit bewegter Stimme" fort:

„Dieser Schmerz beschleicht uns angesichts der Vertrauenskrise in der deutschen Justiz. Das Recht ist in Not. Aber bei aller Kritik darf der Boden der Sachlichkeit nicht verlassen werden. (!!) Der Richterstand darf nicht für die Fehler Einzelner verantwortlich gemacht werden. Es ist zu begrüßen, daß auch die Richterorganisationen ihre Mitglieder zur Selbstkritik ermahnt haben. Aber die Gewissensfreiheit des deutschen Richters darf nicht angetastet werden. (!!) Vor die richterliche Unabhängigkeit werden wir uns schützend stellen. Der Richter weiß, daß diese Unabhängigkeit kein Vorrecht ist, sondern ein Mittel zu seiner Pflichterfüllung. Der Richter muß sich gleichmäßig schützend vor alle Staatsbürger stellen. (Auch wenn er deutschnational gesinnt ist und einen Kommunisten abzuurteilen hat. D. Red.) In der Brust des deutschen Richters liegt das Schicksal der deutschen Rechtspflege. Die Parole muß heißen: Wir müssen ringen um die Seele des deutschen Volkes."

Wahrlich, ein schöner Sermon angesichts der Tatsache, daß („der Richterstand darf nicht für die Fehler einzelner verantwortlich gemacht werden") z. B. die preußische Richterorganisation republikaner ausschließt, daß („die Richterorganisationen ermahnen ihre Mitglieder") die Magdeburger Organisation sich schützend vor Kölling gestellt hat, daß immer noch Leute vom Schlage Jürgens die revolutionären Arbeiter zu schweren Zuchthausstrafen verurteilen, kurz, daß wir es mit einer ausgeprägten Klassenjustiz zu tun haben, was auch durch die schönen, nur der Vertuschung dienenden Reden des Herrn Reichsjustizministers nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Aber warum vertuscht er diese Skandale? Warum spricht er von den „Verirrungen einzelner", die man „nicht verallgemeinern darf"? Er gibt uns selbst die Antwort. „Die richterliche Unabhängigkeit darf nicht angetastet werden."

Das tiefe Mißtrauen in den weiten Kreisen der Bevölkerung ist ihm wohl bekannt, er weiß wohl auch die Ursache und die Berechtigung dieses Mißtrauens, doch er denkt nicht daran, die Konsequenzen daraus zu ziehen, er entschuldigt das ganze System mit der „Verirrung einzelner" und denkt im übrigen nicht daran, durchgreifende Aenderungen vorzunehmen.